

**Witte, Sonja**

*Die deutsche lokale Ebene als Akteur im europäischen Lobbyismus  
– Einbindungsgrad und Einflussgrad in der Politikgestaltung der EU –*

Die politikwissenschaftliche Europaforschung kann mittlerweile auf eine breite Basis fundierter Studien zur Europäischen Integration zurückgreifen. Widmete sich die Wissenschaft anfangs vor allem der Entstehung, der Entwicklung und der Funktionsweise des Phänomens der Europäischen Integration, lassen sich seit Beginn der 90er Jahre neue Schwerpunkte nachweisen. Die neuere Forschung widmet sich nun weniger den Ursachen oder dem Funktionieren der Europäischen Integration, als vielmehr ihren Folgen. Dabei liegt die Besonderheit der EU darin, dass es gleichzeitig mehrere Systeme umfasst. Diese Tatsache wird in der Politikwissenschaft mit der Metapher des Mehrebenensystems (engl. Multi-level governance) umschrieben. Trotz der zahlreichen Studien zum europäischen Mehrebenensystem, die sich der Interessenvertretung, den verschiedenen Interessengruppen und ihren Methoden und Funktionen in der EU widmen, **wird die lokale, die Ebene der Gebietskörperschaften bisher in der Politik- und Sozialwissenschaft nur wenig rezipiert**. Lokale Gebietskörperschaften wurden seit Anfang der 90er Jahre vor allem in juristischen Arbeiten mit der EU verknüpft. Untersucht wurden und werden bis heute vor allem die (negativen) Auswirkungen des europäischen Gemeinschaftsrechts auf die kommunale Selbstverwaltung. **Umgekehrt wird aber selten gefragt, welchen Einfluss die lokale Ebene auf den Politikgestaltungsprozess der Europäischen Union selber hat.**

**Zentrale Frage** der geplanten Arbeit ist es daher, zu klären, wie sich die Politikgestaltung der EU seit dem Vertrag von Maastricht in Hinsicht auf die Einbindung der lokalen Ebene verändert hat, und inwiefern die lokale Ebene – insbesondere in Deutschland – ihrerseits dem politisch-institutionellen Integrationsprozess Struktur und Richtung verleiht, d.h. welche Rolle sie in der Politikgestaltung der Europäischen Union spielt. Die Arbeit wird sich dazu ausschließlich dem legislativen Lobbying, also der Einflussnahme auf europäisches Primär- und Sekundärrecht widmen. Es erfolgt vorab eine Darstellung der Stellung der lokalen Gebietskörperschaften im Staatsaufbau der einzelnen Mitgliedstaaten der EU und darauf aufbauend eine Einordnung der deutschen kommunalen Ebene in das föderale System der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den übrigen Mitgliedstaaten. Danach soll anhand von Untersuchungen explorativ durchgeführter Fallbeispiele aus dem Gebiet der europäischen Ordnungspolitik die Rolle der deutschen Kommunen im europäischen Politikgestaltungsprozess geklärt werden.